

**II- 7981 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode**

Nr. 4051/J

1989-06-29

A N F R A G E

der Abgeordneten Mag. Guggenberger, Dr. Müller, Weinberger, Strobl und Ge-
nossen
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend
Einbringung eines Bundesbehindertengesetzes

Ihr Amtsvorgänger, Bundesminister Alfred Dallinger, hat bei verschiedenen
Anlässen ein Bundesgesetz über die Beratung, Betreuung und besondere Hilfe
für behinderte und hilfsbedürftige Menschen (Bundesbehindertengesetz) ange-
kündigt.

Das Bundesbehindertengesetz soll unter anderem folgende Regelungen enthal-
ten:

- o Da aufgrund der Kompetenzzersplitterung im Bereich des Behindertenwe-
sens eine Vielzahl von Einrichtungen für behinderte Menschen zuständig
ist, soll die Zusammenarbeit der verschiedenen Rehabilitationsträger
verstärkt werden.
- o In einem beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales zu schaffenden
Bundesbehindertenbeirat soll das Mitwirkungsrecht behinderter Menschen
verbessert werden.
- o Das Sozial-Service des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und
der Landesinvalidenämter, sowie die Zentrale Hilfsmittelberatungsstelle
sollen als unbürokratische Anlaufstellen gesetzlich verankert werden.
- o Ein bundeseinheitlicher Behindertenpaß soll eingeführt werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an den Bundesminister für Arbeit
und Soziales die nachstehende

A n f r a g e :

- 2 -

1. Sind Sie bereit, die Ankündigung ihres Amtsvorgängers, Bundesminister Alfred Dallinger, zur Schaffung eines Bundesbehindertengesetzes zu verwirklichen?
2. Wie weit sind die Vorarbeiten dafür in Ihrem Ressort gediehen?
3. Welche wesentlichen Punkte wird die diesbezügliche Regierungsvorlage enthalten?
4. Werden Sie noch in dieser Gesetzgebungsperiode dem Nationalrat die Regierungsvorlage eines Bundesbehindertengesetzes zuleiten?